



Liebe Leserinnen und Leser



Immer wieder lassen sich in den Medien Schlagzeilen finden über die Bevorzugung von Beamten und Politikern. Sei es der Postautofilz in Bundesbern, Bau-skandale aus dem Kanton Graubünden oder etwa die Verwaltungsratsmandate von Politikern im National- und Ständerat. Es ist klar, dass es im Schweizer Milizsystem zu Verstrickungen kommt, das ist auch eine ihrer Stärken, denn so kann man das Wissen aus einem Bereich in einem anderen einsetzen. Es gibt aber einen Unterschied: Der liegt im Missbrauch einer Vertrauensstellung. Der Missbrauch besteht darin, Vorteile zu erlangen, auf die kein rechtmässiger Anspruch besteht. Oftmals folgen daraus hohe finanzielle Schäden, weil Aufträge erteilt wurden, die ein anderes Unternehmen besser und

günstiger angeboten hätte oder es werden Posten mit Personen besetzt, die nicht über die notwendigen Fähigkeiten verfügen. Die Leidtragenden sind die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Mit scheint aber auch wichtig, dass in solchen Fällen das Vertrauen der Bevölkerung verloren geht und man vermehrt Stimmen hört, die sagen, dass die ganze Politik korrupt sei und man sowieso niemandem Vertrauen kann. Das schadet der Demokratie. Volksvertreterinnen und Volksvertreter aller Stufen müssen sich ihrer Rolle bewusst sein. Sie müssen ihr Amt zum Wohle der Allgemeinheit, der Bürgerinnen und Bürger, ausführen und nicht um der Selbstwillen. Man kann von ihnen nicht erwarten, dass sie sich komplett der Politik hingeben, aber man kann von ihnen erwarten, dass sie unabhängig sind und ihre Entscheide stets zum Besten für das Volk fällen. Unabhängigkeit und Freiheit sind unsere stärksten Werte. Wir können nicht für die Schweiz einfordern, was wir nicht für uns selbst einhalten können.

Die Präsidentin
Angela Lüthold-Sidler



Wichtiges im Mai/Juni >>

23 | Pfingsten

25 | Pfingstmontag

31 | Session National- und Ständerat

03 | Fronleichnam

**Teuer.
Nutzlos.
Ungerecht.**

Misstratenes
CO₂-Gesetz
Nein

www.teuer-nutzlos-ungerecht.ch

Nein zum CO₂-Gesetz

Am 13. Juni 2021 wird die Schweizer Stimmbevölkerung über das Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz) abstimmen. Eine Annahme führt zu Bürokratie und Mehrkosten.

Am 13. Juni 2021 wird die Schweizer Stimmbevölkerung über zwei Volksinitiativen und über drei Referendums-Vorlagen befinden. Eine Abstimmung betrifft die Revision des CO₂-Gesetzes. Dieses linke Gesetz ist unnötig, weil die Schweiz beim Klimaschutz bereits viel erreicht hat. So wurde der CO₂-Ausstoss pro Kopf allein in den letzten 10 Jahren um 24 % reduziert. Damit resultiert bis 2030 eine pro-Kopf-Reduktion von 54%. Dies dank Innovation und technischem Fortschritt und ganz ohne Verbote und Bevormundung.

Autofahren und Fliegen nur noch für Reiche?

Für die Schweiz hätte eine Annahme des CO₂-Gesetzes äusserst negative Folgen, weil sich viele Menschen Mobilität schlicht nicht mehr leisten könnten. «Autofahren und Fliegen nur noch für Reiche? Dies wird bei einer Annahme des linken CO₂-Gesetzes leider Realität», sagt Christian Imark, Nationalrat. Dasselbe gelte fürs Heizen. Denn mit dem neuen CO₂-Gesetz wird der Staat den Ersatz von sämtlichen Öl- und Gasheizungen vorschreiben. «Doch woher nehmen Familien und ältere Personen 100'000 bis 150'000 Franken, um ihr Eigenheim energetisch zu sanieren?», fragt Imark. Die Schweizerinnen und Schweizer sowie die Wirtschaft leiden zurzeit unter den immensen Auswirkungen der Corona-Krise und der Lockdowns. Diese werden auch noch längere Zeit anhalten. Es ist also der schlechteste Moment, die Mobilität zu verteuern, weil dies den Warentransport und etliche Dienstleistungen verteuert und damit Arbeitsplätze gefährdet werden.

Ablasshandel im 21. Jahrhundert

Doch damit nicht genug: Auch die Landbevölkerung würde durch das CO₂-Gesetz diskriminiert. Denn die Zeche muss der Mittelstand bezahlen, konkret betroffen sind vor allem Arbeiter, Familien und Handwerker in den Landregionen, die auf ein Auto, Transportfahrzeuge und Landmaschinen angewiesen sind. Das neue Regelwerk führt zu Zwangsabgaben für eine 4-köpfige Familie von jährlich bis

Teuer. Nutzlos. Ungerecht.

zu 1'000 Franken. «Eine elitäre Bevölkerungsschicht, die sich ein Elektroauto, die neueste Heiz- und Wohntechnik und teurere Flüge leisten kann, lässt sich ihr gutes Gewissen, von der arbeitenden und einfachen Bevölkerung, den Familien bezahlen», bringt es Monika Rüeegg, Nationalrätin und Mitglied der Umweltkommission, auf den Punkt, «Das ist Ablasshandel im 21. Jahrhundert.»

Gesetz ablehnen

«Im September 2017 hat das Volk die Initiative «Für Ernährungssicherheit» mit 78,7% angenommen und damit Ja gesagt, dass die Schweizer Bevölkerung jederzeit genug hochwertige und bezahlbare Lebensmittel zur Verfügung haben muss», erinnert Pierre-André Page, Nationalrat und Landwirt. «Aber wie soll das gehen, wenn wegen sinnlosen Ökosteuern, wie sie das CO₂-Gesetz vorsieht, die Kosten steigen!» Denn höhere Transport- und Produktionskosten würden unweigerlich zu einer Verteuerung von Lebensmitteln und anderen in der Schweiz produzierten Gütern führen, so Page. «Aus all diesen Gründen ist dieses linke Gesetz am 13. Juni abzulehnen.»

Alle weiteren Informationen finden sich unter <https://teuer-nutzlos-ungerecht.ch>



Nachgefragt bei



Monika Rüeegg
Nationalrätin (OW)

Weshalb lehnen Sie das CO₂-Gesetz ab?

Die Zwangsabgaben auf Diesel, Heizöl/Gas und Flugtickets würden jährlich Milliarden von Franken einbringen. Wer bezahlt diese Zwangsabgaben? Der Mittelstand. Primär die Arbeiter, Familien und Handwerker in den Landregionen, die Landwirtschaft und die Gewerbebetriebe. Denn sie sind auf ein Auto, Transportfahrzeuge und Landmaschinen angewiesen. Das neue CO₂-Gesetz führt dazu, dass sich bald nur noch Reiche Mobilität leisten können.

Warum bringen staatliche Umerziehungsmassnahmen dem globalen Klima nichts? Weil Innovationen in einer liberalen Wirtschaftsordnung die Lösung sind. Genau das hat die Schweiz die letzten Jahrzehnte erfolgreich gemacht. Sie hat den Pro-Kopf-Treibhausgasausstoss in den letzten 10 Jahren bereits um 24% gesenkt. Der wertvollste Beitrag, den wir zum weltweiten Klimaschutz leisten können, liegt also in der Kombination von liberaler Wirtschaftspolitik und innovativem Unternehmertum.

Endlich reiner Wein

Bundesrat, Guy Parmelin, hat in Brüssel die Position der Schweiz bezüglich des Rahmenabkommens klar bekräftigt. Dennoch ist dieses Abkommen noch nicht beerdigt, denn die EU-Turbos bauen Druck auf.

Die Schweiz hat mit der EU über ein institutionelles Abkommen verhandelt. Vordergründig wird argumentiert, dass damit der bilateralen Weg gefestigt wird. In Tat und Wahrheit handelt es sich aber um einen Unterwerfungsvertrag, denn das Schweizer Verhandlungsmandat enthält weitgehende Konzessionen beim Lohnschutz, der Unionsbürgerrichtlinie und den staatlichen Beihilfen der Kantone. Das kommt einer halben Kapitulation und einer Übernahme von EU-Recht gleich. Deshalb war es richtig, dass Bundesrat, Guy Parmelin, bei seinem letzten Treffen mit der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hart geblieben ist und die Schweizer Verhandlungspositionen transparent auf den Tisch gelegt hat.

Schweiz braucht Vertrag nicht

Das sehen leider nicht alle so: Eine Mehrheit der Aussenpolitischen Kommissionen von National- und Ständerat haben sich zum Rahmenabkommen und zum Besuch von Bundespräsident Guy Parmelin in Brüssel geäußert und drängen den Bundesrat weiter zu verhandeln sowie das Abkommen zu unterschreiben. Damit vertreten die EU-Turbos im Parlament einmal mehr nicht die Interessen der Schweiz, sondern jene von Brüssel. Diesem Treiben tritt die SVP vehement entgegen und lässt sich auch von den verwerflichen Erpressungsversuchen der Beamten aus Brüssel nicht klein kriegen. Jetzt gilt es endlich reinen Tisch zu machen. Die Schweiz will und braucht kein solches Abkommen. Eine automatische Rechtsübernahme, die Unterstellung unter das Gericht der Gegenpartei und eine erweiterte Guillotineklausel sind der Schweiz unwürdig. Es gilt die Souveränität und Interessen von Land und Leuten mit aller Kraft zu verteidigen!



Bild des Monats

SVP hat neu **am meisten Sitze in den kantonalen Parlamenten!**

531 Sitze



Am stärksten in den Kantonen

Die SVP hat ihre Wählerstärke deutlich ausgebaut und dies auch in den Kantonalen Parlamenten. In diesem Jahr verzeichnet sie 531 Mandate von insgesamt 2594 Mandaten in den Kantonsparlamenten und hat damit die hin anhin stärkste Partei, die FDP (523 Mandate), überholt. Die SVP ist seit 1999 im Nationalrat die stärkste Partei nach Sitzen und bildet damit die grösste Fraktion in der Bundesversammlung. Bei den Schweizer Parlamentswahlen 2019 verlor die SVP 12 Sitze im Nationalrat (entspricht einem Verlust von 18,5%), legte aber im Ständerat zu (entspricht einem Gewinn von 20,0%).



Nein zu den Agrar-Initiativen

Die Schweizer Stimmbevölkerung wird am 13. Juni 2021 über die Agrar-Initiativen befinden. Sie haben einen grossen Einfluss auf die Landwirtschaft, aber nicht nur! Ihre Folgen wären fatal.

Am 13. Juni 2021 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Volksinitiative für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung sowie über die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide ab. Die SVP Kanton Luzern spricht sich gegen diese schädlichen Vorlagen aus.

Bio-Zwang

Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» will den Einsatz von synthetischen Pflanzenschutzmitteln gesamthaft verbieten. Man dürfte nur noch Lebensmittel herstellen und importieren, die ohne synthetische Pflanzenschutzmittel produziert wurden. Das gleicht einem Bio-Zwang. Die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten können so nur noch Bioprodukte pflanzlicher Herkunft kaufen und die Ausgaben für das Essen würden sich dadurch stark erhöhen. Für hochwertige, regionale Produkte braucht es Pflanzenschutz. Ohne Pflanzenschutz ist die Existenz vieler einheimischer Landwirtschaftsbetriebe und Gärtnereien bedroht. Arbeitsplätze sind gefährdet und regionale Produkte werden durch Importe ersetzt.

Keine Direktzahlungen für Bauersfamilien

Die Trinkwasserinitiative fordert, dass Betriebe, die chemisch-synthetische oder natürliche Pflanzenschutzmittel einsetzen oder Futter für ihre Tiere zukaufen, keine Direktzahlungen mehr erhalten. Obwohl die Bauernfamilien viele vorbeugende Massnahmen treffen, können sie nicht immer verhindern, dass Krankheiten oder Schädlinge ihre Ernte bedrohen. Sie sind darauf angewiesen, dass sie diese mit behördlich bewilligten Mitteln behandeln können. Dabei kommen immer öfters biologische Mittel zum Einsatz. Bei der Initiative wird die Schuld für verschmutzte Gewässer allein auf die Bauersfamilien abgewälzt. Dass ein Grossteil der Verschmutzung durch die Bevölkerung erfolgt, wird dabei ausgeblendet. Auch wird verschwiegen, dass die Wasserqualität in der Schweiz internationale Spitzenwerte erreicht. Gemäss Agrarbericht 2020 nehmen die Risiken durch Pflanzenschutzmittel für unsere Gewässer laufend ab. Innovationen und nicht Verbote bringen Verbesserungen.

Fazit

Unter dem Strich würden die beiden Agrarinitiativen dazu führen, dass das regionale Angebot sinkt. Die Preise für regionale Produkte würden zusätzlich sogar steigen. Das spüren Konsumentinnen und Konsumenten ganz direkt in ihrem Portemonaie. Belastet würden auch Gastronomie, Hotellerie und Lebensmittelhersteller. Bereits angeschlagene Branchen und sozial Benachteiligte trifft das besonders hart. Arbeitsplätze und die für unsere Schweiz wichtige Landwirtschaft werden grundlos gefährdet.



Terrorbedrohung erhöht.



Am 13. Juni 2021 stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über das Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) ab.

Liebe SVP-Familie

Seit den Anschlägen von Paris im Jahr 2015 hat sich die terroristische Bedrohung erhöht. Auch wir in der Schweiz mussten das hautnah erleben. Der Bundesrat und das Parlament haben eine neue rechtliche Grundlage geschaffen, mit der die Polizei zusätzliche Instrumente erhält, um präventiv gegen terroristische Gefahren vorzugehen. Heute kann die Polizei nämlich nur eingreifen, wenn eine Person bereits eine Straftat begangen hat. Vorsicht ist besser als Nachsicht, gerade wenn es um den Schutz der Bevölkerung geht. Um Anschläge wirksam verhindern zu können, braucht die Polizei zusätzliche Instrumente. Diese erhöhen die Sicherheit und den Schutz der Bevölkerung. Sagen Sie deshalb Ja zu diesem Bundesgesetz.

Angela Lüthold-Sidler

IMPRESSUM

Das «SVP news» erscheint monatlich und kann als PDF-Datei unter www.svp-lu.ch gelesen und heruntergeladen werden.

Redaktion & Grafik: b2000 AG, 6020 Emmenbrücke
Redaktionsverantwortung: Parteileitung SVP Kanton Luzern, sekretariat@svplu.ch